

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

Auszug Seite 38-41

- Robert Musil **3** Die globale Hierarchie der Städte – Investitionsbeziehungen als Bindeglied zwischen Zentrum und Peripherie?
- Muriel Herrmann **12** Fördert Regiogeld eine nachhaltige Regionalentwicklung?
- Katharina Schwaiger **19** Regionalgeld und Gemeinwesenarbeit
- Hugo Godschalk **26** Streitfall Regionalwährungen / Wurden die ägyptischen Pyramiden mit einer „Demurrage“-Währung gebaut?
- Ralf Becker **32** Entwicklungsstand und Perspektiven der Regionalgeldbewegung
- 38** Leserbriefe – Bücher – Berichte
- 52** 39. Mündener Gespräche
- 53** Regionalgeld-Kongress in Weimar

- [4] dokumentiert in der Galerie des www.berliner-regional.de
- [5] Der Sterntaler veröffentlicht besonders umfangreiche Informationen auf seiner Homepage www.star-mach-mit.com
- [6] www.ozb-stuttgart.de
- [7] Siehe entsprechende Entwürfe eines Gesetzes zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts in Deutschland unter www.bmj.bund.de/media/archive/1115.pdf und in Österreich: Genossenschaftsrechtsänderungsgesetz 2006 sowie dessen Erläuterungen unter www.bmj.gv.at/gesetzesentwurf
- [8] Gründler, E.: Klein Geld – Geld macht erfinderisch. Vor allem, wenn es fehlt. Da kommt man auf die besten Ideen. Und erfindet neues Geld, in: Brand Eins 05/04, S. 104-108.
- [9] „Ausgabe- und Nutzungsmöglichkeiten der Regionalwährung „Urstromtaler““ unter www.urstromtaler.de
- [10] „Starkkontingent für Unternehmen“ unter www.havelblueten.de
- [11] P.T. Magazin für Wirtschaft, Politik und Kultur vom 02.04.2006: „Mit Tauschgeschäften und Regiogeld gegen die Wirtschaftskrise“.
- [12] Siehe u.a. www.payback.de, www.loyaltypartner.com, www.bonuscard.ch und www.bonuscards.at
- [13] Vgl. Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 3/2005, S. 190.
- [14] Siehe u.a. www.gewaltfrei-kommunizieren.de
- [15] Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 3/2005, S. 184 ff.
- [16] Creutz, H.: Möglichkeiten und Grenzen praktischer Geldexperimente, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 144, März 2005, S. 29 ff.
- [17] Rösl, G.: Regionalgeld in Deutschland – Lokale Konkurrenz für den Euro?, in: Bundesbankmagazin 2/2005, S. 16-18; vgl. dazu auch den Kommentar von Hugo Godschalk in diesem Heft.
- [18] Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst 3/2005, S. 182-190.
- [19] So Rösl auf seinem Vortrag „Regionalwährungen: Ein Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung?“ am 19.04.2006 im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank. Diese Meinung gilt jedoch bisher nicht als Meinung der Bundesbank, die sich offiziell zu Regionalwährungen noch nicht geäußert hat.
- [20] So Rösl auf seinem Vortrag „Regionalwährungen: Ein Beitrag zur lokalen Wirtschaftsförderung?“ am 19.04.2006 im Geldmuseum der Deutschen Bundesbank.
- [21] Der wesentlich von B. Lietaer und S. Brunnhuber verfasste Bericht mit dem Titel „Money and Sustainability – The Missing Link“ wird im Sommer 2006 veröffentlicht werden.

LESERBRIEFE

Geldschöpfung der Geschäftsbanken

■ Zu den Beiträgen in der Folge 147 / Dezember 2005 der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ gingen die beiden folgenden Leserbriefe ein:

■ Da ich alle Aufklärungsbemühungen in Sachen unseres derzeitigen Geld- und Zinssystems verfolge und unterstütze, habe ich auch die Beiträge zur Frage der Geldschöpfung bei den Banken mit Interesse gelesen. Dies umso mehr, als ich auf Grund meiner 40-jährigen Bankerfahrungen, davon 30 Jahre als Vorstandsvorsitzender der Raiffeisenbank Mittleres Unterinntal und Vorstand des Förderungsvereins der Primärbanken, mit dieser Materie vertraut bin.

Überrascht hat mich bei der Lektüre der Beiträge, dass nur einer der Autoren bei seinen Untersuchungen die Bank-Realitäten mit einbezieht, während sich die anderen fast ausschließlich im theoretischen Raum bewegen. Da es im Rahmen dieses Leserbriefes kaum möglich ist, auf diese manchmal mysteriösen Vorstellungen von der (Giral)Geldschöpfung der Banken detaillierter einzugehen, möchte ich mich in erster Linie auf die wesentlichsten Vorschriften des Bankwesengesetzes (BWG) beschränken, unter denen die Bankgeschäfte in der Praxis ablaufen. Die Einhaltung dieser Regelungen wird durch die veröffentlichten Daten sowohl der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) als auch der europäischen Zentralbank (EZB) im Großen und Ganzen bestätigt. Obwohl ich mich auf die Gegebenheiten in Österreich stütze, treffen diese meines Wissens ebenso für Deutschland zu.

1. In der Bankpraxis gibt es keine Kredite ohne ausreichende, bereits vorher vorhandene Einlagen.

Die Passivseite der Bilanz, das Mittelaufkommen, besteht im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, also Kunden-Einlagen (Giro/Sichteinlagen, Termineinlagen, Spareinlagen), verbrieften Verbindlichkeiten (ausgegebenen Wertpapieren wie Anleihen und Kassenobligationen), Einlagen bzw. Refinanzierungen von anderen Banken, sowie aus Eigenkapital, im

Brauchen Christen ihr eigenes Geld?

„Man muss zeigen, dass es anders geht. ... Ich halte es für durchführbar, ein sekundäres kirchliches Währungssystem nach dem Modell der Alternativwährungen einzuführen, die es ja da und dort schon gibt. ... Dieses zinslose Geld würde rasch ausgegeben für Klosterprodukte und kirchliche Dienstleistungen aller Art. Ein Teil der Gehälter der Kirchenangestellten könnte in dieser Währung ausbezahlt werden.“

Prof. Dr. Thomas Ruster in: Publik-Forum Nr. 9/2005, S. 19–20.

BWG Eigenmittel genannt. Die Aktivseite, die Mittelverwendung umfasst großteils Kundenforderungen (Kredite), Wertpapiere im Eigen depot, Guthaben bzw. Forderungen bei (oder Refinanzierungen anderer) Banken; Bargeldbestände sowie sonstiges Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen, Beteiligungen). Aus den BWG-Vorschriften ergibt sich, dass Einlagen immer höher sein müssen als Kredite. ÖNB und EZB bestätigen dies auch klar, indem Einlagen (incl. verbrieften Verbindlichkeiten) in Österreich um 109 Mrd die Kredite übersteigen, im Euro-Raum beträgt der Einlagenüberhang 2.585 Mrd €. Anfang der 1970er Jahre gab es kaum Einlagenüberschüsse, daher mussten – mangels ausreichender Einlagen – Kreditnehmer lange auf Kreditzuteilung warten und/oder trotz mehrfacher Sicherheiten Kreditkürzungen hinnehmen. Auch heute noch müssen z. B. Bausparer (Bausparkassen sind auch Banken) auf eine Kreditzuteilung jahrelang warten, weil bei begrenzten Einlagen Kreditzuteilungen nur nach bestimmten Anwartschaften erfolgen, die sich aus der Verfügbarkeit der Einlagen ergeben. Eine Kreditschöpfung ohne ausreichende, vorherige Einlagen war bisher nie möglich und ist auch heute nicht möglich.

2. Eigenmittelvorschriften beschränken zudem die Kreditgewährung.

BWG § 2 Abs. 10 verlangt von den Banken Eigenmittel von 8 % der Kreditrisiken, je Bank mind. € 5 Mio. Nach Inkrafttreten von Basel II könnten es sogar – je nach Bonität – mehr sein. Die Bemessungsgrundlage, auf die sich die Eigenmittel beziehen, liegt derzeit bei allen österreichischen Banken bei 322 Mrd, es sind Eigenmittel in Höhe von 25 Mrd erforderlich. Mit 48 Mrd anrechenbaren Eigenmitteln wird dieses Erfordernis derzeit deutlich übererfüllt. Weitere Kreditvergaben erfordern also, neben den Erhöhungen der Kundeneinlagen, jeweils auch Erhöhungen der Eigenmittel.

3. Verminderte Verwendbarkeit der Kundeneinlagen für Kreditgewährung

Beim den Kundeneinlagen müssen die Banken, gem. § 25 BWG, Liquiditätsreserven zurückhalten. Die Höhe dieser Reserven beträgt bei den Sichteinlagen (Girokonten) 20 %, bei den Spareinlagen 10%, bezogen auf die Gesamteinlagen je-

doch höchstens 14 %, incl. der bei den Notenbanken gehaltenen Mindestreserven. Das heißt, ein Teil der Kundeneinlagen steht für eine Kreditgewährung überhaupt nicht zur Verfügung. In Österreich betragen die erforderlichen liquiden Mittel 40 Mrd, die nicht für Kredite zur Verfügung stehen.

4. Einlagen als Folge von zugezählten Krediten sind die Basis für weitere Kredite.

Es müssen immer zuerst die Einlagen da sein, bevor ein Kredit vergeben werden kann. Erst wenn das mit dem Kredit ausgezahlte Geld für eine erneute Ersparnisbildung (Einlagen) genutzt und damit die Gesamteinlagen erhöht werden, erhöht sich auch die Basis für zusätzliche Kreditvergaben, selbstverständlich wieder abzüglich der Liquiditätsreserve und bei Erhöhung des erforderlichen Eigenkapitals! Die mit dem gleichen Geld immer wieder erneut möglichen Ersparnisbildungen (Einlagen) und Kreditgewährungen sind wahrscheinlich die Ursache für die angenommene Geldschöpfung, bzw. sogar „multiple“ Geldschöpfung, die den Banken vorgeworfen wird. Dabei wird übersehen, dass aber dennoch stets immer ausreichende Einlagen zuerst da sein müssen!

5. Banken werden laufend und mehrfach geprüft und überwacht.

Die Struktur einer Bankbilanz ist gemäß § 51 BWG in allen Einzelpositionen genau geregelt. Außerdem werden die Vorgänge bei den Banken mehrfach geprüft: Gesetzliche Innenrevision, Bilanzprüfung, externe Bankrevision, Notenbankprüfung, Bankenaufsicht. Auch aus den Daten der ÖNB und EZB, die die relevanten Positionen aller Banken erfassen, ergeben sich keine Ansatzpunkte für Geldschöpfungen in den Banken. Auch der Förderungsverein der Primärbanken (regionale Raiffeisen- Volksbanken und Sparkassen), erfasst und analysiert jährlich alle Bilanzen der Österreichischen Banken. Das Ergebnis bestätigt im Wesentlichen die Gesamtdaten der ÖNB-Statistik und sieht auch keine Chance einer Geldschöpfung, weder bei Primärbanken, noch bei Großbanken. Für derartige, konkrete Schöpfungshinweise wäre der Förderungsverein sogar ausdrücklich dankbar und er würde auch sofort öffentlich massiven Protest einlegen, wenn z. B.

Großbanken Lücken für eine Geldschöpfung aus dem Nichts nutzen könnten, die den kleinen Banken nicht zugänglich sind.

6. Die Buchhaltungs-Praxis sieht keine praktische Möglichkeit einer Geldschöpfung.

Alle Buchungsvorgänge, auch bei Krediten, Einlagen, Wertpapieran- und Verkäufen oder Bargeldtransaktionen sind über Jahrzehnte hinweg nachvollziehbar. Keine Geschäftsbank konnte je Buchgeld aus dem Nichts schaffen, um daraus Kredite zu vergeben. Dies ist auch buchungstechnisch nicht darstellbar. Einlagenkonto (Habenkonto) und Kreditkonten (Sollkonto) sind getrennt zu führen, Kontokorrentkredite sind je nach Saldo, einmal Einlage, einmal Kredit. Das wird buchhaltungstechnisch genau zugewiesen. Vorher vorhandene Guthaben bzw. ein positiver Kassabestand sind die unabdingbare buchhalterische Voraussetzung für eine Kreditzuzahlung/Auszahlung. Das Geld (Forderung) muss zuvor aus echten Einlagen (Bareinzahlung, Überweisung) entstehen und erfordert entsprechende Buchungen auf Gegenkonten (doppelte Buchführung). Die Buchung bei einem Kredit lautet: Kreditkonto des Kunden (Soll) an Kassakonto (Haben) bei Barabhebung, bzw. Gutschrift auf ein anderes Konto / Zwischenbank-Verrechnungskonto (Haben). Wenn die Kasse (das Gegenkonto) leer ist, kann keine Auszahlung (Überweisung) des Kreditbetrages erfolgen! Die Buchung bei einer Einlage lautet: Kassa / anderes Kundenkonto / Zwischenbank-Verrechnungskonto (Soll) an (neues/bestehendes) Einlagekonto (Haben). Andernfalls gibt es Buchungsdifferenzen, dies fällt somit auf, und ist sogar strafbar (Bilanzfälschung, BWG-Verstoß etc.). Die fehlende Akzeptanz dieser fundamentalen Buchhaltungsgrundsätze dürfte ein weiterer Grund für die unterstellte Geldschöpfung aus dem Nichts sein, die manche bei den Banken vermuten!

Wer jedoch tatsächlich einen Grund für die Annahme hat, dass Banken auf mysteriöse oder zwielichtige Art und Weise Geld schöpfen, sollte Anzeige bei der zuständigen Finanzmarktaufsicht einreichen. Oder selbst eine Bank gründen, das geht schon ab 5 Mio ? Eigenmittel. Dann kann er den Beweis antreten und an einer vermeintlichen, aus Sicht der Praxis allerdings nur theoretischen

Geldschöpfung enorm verdienen. Allerdings muss ich in diesem Fall vor einer vorprogrammierten Pleite warnen, die sich aus der Beachtung der Punkte 1 bis 6 ergeben wird.

Thomas Fuchs

■ Die gegensätzlichen Auffassungen zum Thema Kreditvergaben und Geldschöpfung scheinen unüberbrückbar zu sein. Bei Beachtung von Lehrmeinungen der Bundesbank könnte sich jedoch für beide "Lager" eine differenzierte Sichtweise auf tun, die zu einer Annäherung der Standpunkte führt.

Helmut Creutz bestreitet, dass die Geschäftsbanken Geld schöpfen. In den Bilanzen der Kreditinstitute sieht er ein Indiz oder gar einen Beweis für die These, Einlagen (Ersparnisse/Guthaben) seien Voraussetzung für Kreditvergaben, denn die Summe der Kredite übersteige nicht die der Einlagen. Liest man gegenteilige Erklärungen wie diejenige von Thomas Betz, kann sich die Frage aufdrängen, ob die Geldschöpfungsverneiner, zu denen der Verfasser bisher auch gehörte, einem Trugschluss aufgesessen sein könnten. Inwiefern?

Wenn eine Bank einem Kunden einen Kredit einräumt, dann wird auf der Aktivseite, auf der linken Seite der Bilanz, eine Forderung an den Kreditnehmer in Höhe des Kredits eingetragen. Betz: „Bilanzverlängerung heißt aber auch, dass die rechte Seite der Bilanz, die Passivseite, die Auskunft gibt über die Mittelherkunft ..., ebenfalls verlängert wird; und zwar um eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreditnehmer in Höhe desselben Betrages. Die Bank ‚refinanziert‘ sich also für diesen Kredit tatsächlich durch die ‚Einlage‘ des Kreditnehmers bei dieser Bank, die dieser aber natürlich nur deshalb hat, weil ihm von dieser Bank ein Kredit in dieser Höhe eingeräumt worden ist. Das Geld, welches dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellt wird, entstammt also bilanztechnisch dem Kreditnehmer selber! Das bilanztechnische Gegengewicht zum eingeräumten Kredit ist also Giralgeld (bzw. Geschäftsbankengeld, kein Zentralbankgeld!), welches uno actu – gewissermaßen in derselben

logischen Sekunde – mit dem Kredit entsteht. Dieses ‚Geld‘ wurde von keiner Zentralbank zur Verfügung gestellt, und schon gar nicht musste es vorab von jemandem gespart werden, damit es als Kredit ausgereicht werden kann.“ (S. 4-5)

Haben die Geldschöpfungsverneiner die Bilanzen der Kreditinstitute bisher vielleicht nicht hinreichend analysiert und daher falsch interpretiert? Könnten nicht Bilanzverlängerungen die Summe der mit schon vorhandenem Geld getätigten Einlagen und die entsprechende Summe der Kreditvergaben überschreiten? Warum eigentlich nicht?

Wirtschaftswachstum heißt auch: Wachstum des Kaufkraftvolumens. Es werden mehr Kredite vergeben als vorher Einlagen getätigt wurden. Entsprechend übersteigt natürlich in den Bilanzen die Summe der Kredite die Summe der mit schon vorhandenem Geld getätigten Einlagen. Bilanzverlängerungen können einen falschen Eindruck wecken und zu dem Trugschluss führen, die Summe der Kredite würde die mit schon vorhandenem Geld getätigten Einlagen nicht übersteigen. Die gesamte auf der Passivseite verzeichnete Summe der Einlagen umfasst eben nicht nur die mit schon vorhandenem Geld geschaffenen Einlagen, sondern auch das von den Banken darüber hinaus geschöpfte Giralgeld, das als bilanztechnisches Gegengewicht zum eingeräumten Kredit auf der Passivseite eingetragen wurde.

Nun läßt sich aber, was Kreditvergaben und Geldschöpfung betrifft, wie folgt differenzieren: 1. Soweit die Summe der Kredite die Summe der mit bereits vorhandenem Geld getätigten Einlagen nicht übersteigt, liegt die Erklärung nahe, dass Geld verliehen wird, dass das zur Guthabenbildung verwendete Geld als Darlehen wieder in die Wirtschaft zurückgeleitet wird. Das entspricht der Aussage, die sich in dem von der Bundesbank herausgegebenen „Heft für die Schule, Sekundarstufe II, Geld & Geldpolitik“ (Ausgabe 2003/2004) auf Seite 130 unter dem Stichwort „Banken (Kreditinstitute)“ findet: „Sie nehmen fremde Gelder an (Einlagengeschäft) und leiten diese Mittel in Form von Darlehen an die Wirtschaft weiter (Kreditgeschäft).“ Auf jeden Fall muss ja Kaufkraft in Höhe der Summe

des (schon vorhandenen) zur Guthabenbildung verwendeten Geldes in die Wirtschaft zurückfließen. Außerdem:

2. Wirtschaftswachstum bedeutet auch: Ausweitung der Kaufkraft. Es werden mehr Kredite vergeben als vorher Einlagen getätigt wurden. Das über die gegebenen Einlagen- und Kreditsummen hinaus erforderliche Geld entsteht nun auf jeden Fall als Giralgeld aus dem Kredit, es wird von den Banken geschöpft. Das entspricht ebenfalls der Aussage der Bundesbank. Im selben Lehrheft heißt es im selben Absatz auf S. 131 oben: „Sie (die Banken, d. Verf.) unterscheiden sich von anderen ... Finanzintermediären durch ihre Fähigkeit zur direkten Geldschöpfung. Diese Fähigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass insbesondere die Sichteinlagen als Zahlungsmittel allgemein akzeptiert werden.“

Folgt man jenen beiden Zitaten aus dem Lehrheft der Bundesbank, dann hat man es zum einen mit Weiterleiten von Geld zu tun (Darlehen) und zum anderen, darüber hinaus, auch mit Giralgeldschöpfung aus dem Kredit, dem keine vorher schon vorhandenen Einlagen zugrunde liegen. Zur Risiko-Abdeckung sind 8% Eigenkapital der Bank und das in den Kreditverträgen verpfändete Schuldnerigentum ausreichend. Eine hundertprozentige Eigentumsdeckung auf der Gläubigerseite in Form von Ersparnissen ist nicht erforderlich.

Zentralbankgeld kommt erst später ins Spiel: Wenn die Banken aufgrund des geschöpften Giralgeldes ihre Bargeldbestände anteilig erhöhen müssen bzw. wenn die Nachfrage des Publikums nach Bargeld steigt, dann besorgen sich die Banken mehr davon von der Zentralbank. Welche Folgerungen nun für die Wirksamkeit einer Umlaufsicherung im heutigen Geldsystem zu ziehen wären, was insbesondere Christopher Mensching in seinem Beitrag anspricht, ist ein weiteres, gesondert zu behandelndes Thema.

Josef Hüwe